Wirtschaftlichkeitsanalyse

Unternehmensgründung und potentielle Privatisierungsalternativen im Zusammenhang mit der geplanten Gründung der "Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH"

Forst (paysitz) , d. 2008-12-17

Rüdiger Albert Geschäftsführer

Gliederung

- 1. Vorbemerkungen
- 2. Ausgangssituation
- 3. Wirtschaftlichkeitsanalyse Unternehmensgründung und potentielle Privatisierungsalternativen
- 3.1 Bewertung der Unternehmensgründung
- 3.2 Privatisierungsalternativen
- 4. Zusammenfassung

Wirtschaftlichkeitsanalyse Unternehmensgründung und potentielle Privatisierungsalternativen im Zusammenhang mit der geplanten Gründung der "Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH"

1. Vorbemerkungen

Diese Ausarbeitung erfolgt auf Grund des Auftrages des Landkreises Spree-Neiße vom 12.12.2008 und entsprechend der Anforderung des § 92 (3) BbgKVerf im Vorfeld der Gründung eines Unternehmens mit 100 %-iger Beteiligung von Gebietskörperschaften.

Die fachliche Eignung der CIT GmbH zur Ausarbeitung der Wirtschaftlichkeitsanalyse ergibt sich aus der Tatsache, dass die CIT GmbH Lotsendienst des Landes Brandenburg für den Landkreis Spree-Neiße ist und von der Kfw die Akkreditierung für das Gründercoaching Deutschland erhalten hat.

Die Wirtschaftlichkeitsanalyse wurde auf der Grundlage der übergebenen Unterlagen, der durchgeführten Befragungen und der Anforderungen der §§ 91, 92 BbgKVerf nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet.

2. Ausgangssituation

Die Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die Stadt Cottbus planen die Bildung einer großräumigen Verantwortungsgemeinschaft für das Gebiet ihrer Gebietskörperschaften mit dem Namen "Energieregion Lausitz-Spreewald".

Als strategische Ziele dieser Verantwortungsgemeinschaft werden in dem vorliegenden Exposé für die Energieregion Lausitz-Spreewald ausgewiesen:

- nachhaltige Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Region und damit ihrer Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten
- Stärkung der Attraktivität des Standortes für Investitionen und Geschäftsmöglichkeiten
- bessere Nutzung der vorhandenen Potentiale im Bereich der Forschung und Entwicklung; dabei spielt der Klimaschutz in Verbindung mit der CO₂-armen Verstromung von Braunkohle und dem Ausbau der erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle
- mehr Wirtschaftswachstum für mehr Beschäftigung und Beförderung der regionalen Wertschöpfung
- die Vorzüge und die Standortqualitäten der Region national und international vermarkten

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, sollen bewährte Initiativen der beteiligten Gebietskörperschaften, wie das Regionalmanagement der Region Lausitz-Spreewald, freiwillige Aufgaben der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald und nach 2010 weiterführende Aufgaben aus der IBA gebündelt und im Gesamtinteresse weiter entwickelt werden.

Als Gremien der Energieregion Lausitz-Spreewald sind vorgesehen:

- Rat der Energieregion Lausitz-Spreewald bestehend aus den vier Landräten und dem Oberbürgermeister
- vier inhaltliche Foren, unter Verantwortung der einzelnen Gebietskörperschaft und unter Mitwirkung der Kammern, Branchenvertreter, Verbände, Städte und Gemeinden, Landesvertreter, BTU, Fachhochschulen u.a.

Die vier Foren sind: Tourismus/Neue Landschaften, Wirtschaft, Wissenschaft/-Forschung/Entwicklung, Klimaschutz/Ländliche Entwicklung und Infrastruktur.

In den Foren werden inhaltliche und thematische Vorschläge für Maßnahmen und Projekte erarbeitet, die relevant und wichtig für die gesamte Region sind und zur Verbesserung des Außenmarketings beitragen. Zugleich erfolgen Vorschläge für deren Umsetzung.

 Regionalforum bestehend aus Vertretern der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung und soll die Teilhabe und Mitverantwortung der demokratischen Kräfte für den Regionsbildungsprozess und deren Weiterentwicklung widerspiegeln.

Für die Koordination der Aktivitäten und für die Sicherung der Umsetzung der in den Foren entwickelten und mit dem Regionalforum und dem Rat abgestimmten Vorschläge soll eine professionelle Institution in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung durch die fünf Gebietskörperschaften mit dem Namen "Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH" gegründet werden.

Im vorliegenden Entwurf des Gesellschaftsvertrages der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH ist im § 2 Gegenstand des Unternehmens folgendes aufgeführt:

- (1) Die Gesellschaft koordiniert Maßnahmen und setzt selbst Maßnahmen um, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Energieregion Lausitz-Spreewald dienen. Hauptgegenstand ist die Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regional verankerten Akteuren, um diese Region als eine Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Tourismusregion weiter zu entwickeln. Dazu gehört auch die Akquisition von Mitteln der EU, Bund und Land sowie aus der Wirtschaft, um die regional bedeutenden Projekte umzusetzen.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Weiterhin ist im Gesellschaftsvertrag enthalten, dass die Gesellschaft nicht die Absicht verfolgt, Gewinne zu erzielen. Erzielte Überschüsse werden nicht an die Gesellschafter ausgezahlt, sondern für die Zwecke der Gesellschaft eingesetzt.

Aus dem § 3 des Gesellschaftsvertrages wird ersichtlich, dass die Landkreise Dahme-Spree-wald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die Stadt Cottbus gleichberechtigte Gesellschafter dieser Gesellschaft sind. Die Möglichkeit für den Beitritt weiterer Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag nicht vorgesehen.

Im Exposé zur Bildung einer großräumigen Verantwortungsgemeinschaft sind im Punkt 2.3 die grundsätzlichen Aufgaben der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH wie folgt beschrieben:

- Umfassende Koordination der Kooperation in der Energieregion Lausitz-Spreewald
- Vernetzung der Region und Sicherung des geschlossenen Auftretens national und international
- Bündelung von übergreifenden Themen aus den Foren; z.B. Energie, Marketing,
 Netzwerke
- Geschäftsstelle für den "Rat der Energieregion Lausitz-Spreewald"
- Werkstatt neue Landschaften entsprechend finanziellem Rahmen entwickeln
- Erfüllung ausgewählter Aufgaben durch die GmbH bei einer möglichen Stiftung
- Vorbereitung und Durchführung des Regionalforums
- Marketing für die Region

Die Finanzierung der Gesellschaft soll in erster Linie durch Zuschüsse der Gesellschafter erfolgen. Diese Zuschüsse sollen dann durch das Einwerben von Projektmitteln der EU, Bund und Land ergänzt werden. Weiterhin sollen für die Durchführung von Projekten auch finanzielle Mittel von Wirtschaftsunternehmen eingeworben werden.

3. Wirtschaftlichkeitsanalyse Unternehmensgründung und potentielle Privatisierungsalternativen

3.1 Bewertung der Unternehmensgründung

Der Ausgangspunkt für die Gründung des Unternehmens ist entsprechend dem Gesellschaftszweck und den vorgesehenen Aufgaben der Gesellschaft das öffentliche Interesse der beteiligten Gebietskörperschaften, ihre Region besser im Wettbewerb der Regionen zu vermarkten und dazu das Außenmarketing zu verbessern.

Diese Gesellschaft ist hinsichtlich der Gesellschafterstruktur und des Gesellschaftszweckes mit einer Wirtschaftsförderungs- bzw. Marketinggesellschaft vergleichbar. Während bisher in der Regel Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf der Ebene von Städten, Kreisen und Ländern von öffentlichen Gesellschaftern gegründet wurden, soll hier solch eine Gesellschaft für eine Region, bestehend aus vier Landkreisen und einer Stadt, gegründet werden.

Ausgehend vom Gesellschaftszweck und den beschriebenen Tätigkeiten, die die Gesellschaft ausüben soll, ist diese Gesellschaft auf die Zuschüsse der Gesellschafter angewiesen, da keine Leistungen für Dritte erbracht werden sollen und somit auch keine Einnahmen aus einer Leistungserbringung erzielt werden können. Das bedeutet, dass die Gesellschaft ohne Zuschüsse der Gesellschafter nicht lebensfähig ist.

Die finanzielle Ausstattung soll aber durch die Beantragung von öffentlichen Fördermitteln der EU, Bund und Land für die Durchführung von Projekten, die im öffentlichen Interesse der Energieregion liegen, verbessert werden. Auch die geplante Akquisition von privaten finanziellen Mitteln dient der Durchführung von Projekten, die im öffentlichen Interesse der Region sind.

Für die vorgesehene Unternehmensgründung spricht auch die Tatsache, dass bei einer Vielzahl von Programmen der EU, Bund und Land nur Gesellschaften als Antragsteller fungieren können, die mehrheitlich öffentliche Gesellschafter haben. Auch ist in einigen Programmen für die Förderhöhe die mehrheitliche Beteiligung öffentlicher Gesellschafter von positiver Bedeutung.

Nach dem vorliegenden Exposé soll die Gesellschaft einen Geschäftsführer und fünf Mitarbeiter/innen haben. Als Zuschuss der Gesellschafter ist pro Jahr in den ersten beiden Jahren eine Summe von 282.500 EUR (200.000 EUR Grundfinanzierung, 22.500 EUR aus der bestehenden Finanzierung freiwilliger Aufgaben Regionale Planungsgemeinschaft und 60.000 EUR aus der bestehenden Finanzierung Regionalmanagement der Region Lausitz-Spreewald) vorgesehen. Eine Aufgliederung der Kosten in bestimmte Kostenarten existiert bisher nicht. Bei einem sehr sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz dieser finanziellen Mittel könnten damit die Personalkosten für den GF und drei Mitarbeiter/innen sowie allgemeine Sachkosten finanziert werden. Projekte sind damit allerdings nicht finanzierbar. Hierfür müssen öffentliche Programme einschließlich der Eigenmittelbereitstellung durch die Gesellschafter genutzt bzw. andere Finanzierungsquellen erschlossen werden.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Wirtschaftsunternehmen der Region von der Gründung dieser Gesellschaft profitieren. So ist es vorgesehen, solche Leistungen auszuschreiben, die auf Grund der technischen und personellen Ausstattung der Gesellschaft nicht selbst erbracht werden können. Dazu zählen insbesondere die Gestaltung, Programmierung und Wartung der geplanten Homepage der Energieregion Lausitz-Spreewald und die Gestaltung und Herstellung von Druckerzeugnissen im Rahmen von Marketingmaßnahmen.

3.2 Privatisierungsalternativen

Bei der Betrachtung von Privatisierungsalternativen ist als erstes zu betrachten, ob die für die Gesellschaft vorgesehenen Tätigkeiten in Konkurrenz zu bestehenden Wirtschafts-unternehmen stehen.

Zweitens ist zu untersuchen, ob diese Tätigkeiten unter der Voraussetzung einer Vergabe an einen privaten Dritten, von diesem Unternehmen in mindestens gleicher Qualität und Zuverlässigkeit bei gleichen oder geringeren Kosten erbracht werden können. Zugleich muss diese Übertragung an einen privaten Dritten mit dem öffentlichen Interesse zu vereinbaren sein.

Aus unserem Kenntnisstand sind keine Unternehmen außerhalb der öffentlichen Hand bekannt, die solche Tätigkeiten durchführen, die in der geplanten Gesellschaft durchgeführt werden sollen.

Bei einer Vergabe an einen privaten Dritten würden die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, wie sie für die Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH vorgesehen sind.

Hinsichtlich der Kostenstruktur ergibt sich nachfolgender Vergleich:

Personalkosten

Da in der geplanten Gesellschaft keine Tarifbindung an den TVöD vorgesehen ist, dürfte es keine wesentlichen Unterschiede zwischen dem privaten Dritten und der Gesellschaft geben.

- Sachkosten

Auch hier sind im Wesentlichen keine Unterschiede zu erwarten, da sowohl der private Dritte als auch die Gesellschaft mit den festgesetzten finanziellen Mitteln auskommen müssen.

- Einwerbung von öffentlichen Projektmitteln Hier ist die Gesellschaft mit einer 100 %-igen Beteiligung von Gebietskörperschaften im Vorteil, da wesentliche Programme nur von der öffentlichen Hand bzw. Gesellschaften mit überwiegender öffentlicher Beteiligung in Anspruch genommen werden können (z.B. INTERREG).
 - Bei anderen Programmen, die auch von privaten Einrichtungen in Anspruch genommen werden können, ist der Fördersatz für die öffentliche Hand bzw. deren Gesellschaften wesentlich höher als für private Unternehmen.
- Gesamtkalkulation
 Die Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH kalkuliert ohne eine Gewinnspanne. Ein privater Dritter kalkuliert mit einer Gewinnspanne.
- Steuern
 Die direkten Zuschüsse der öffentlichen Gesellschafter an ihre Gesellschaft unterliegen nicht der Umsatzsteuer, da sie dazu dienen, dass die Gesellschaft überhaupt existieren und ihre Haupttätigkeiten erfüllen kann. Bei Vergabe der Tätigkeiten an einen privaten Dritten entsteht ein Leistungsaustausch, der umsatzsteuerpflichtig ist. Daraus ergibt sich ein Kostenvorteil für die geplante Gesellschaft. Es bestehen gute Chancen, dass eine Beantragung der Gesellschaft zur Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG durch

das Finanzamt positiv beschieden wird. Auch daraus ergeben sich Kostenvorteile für die

Weitere Punkte, die für die Analyse wichtig sind, werden in der Effizienz und der Vertraulichkeit im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung gesehen. Hierbei ist davon auszugehen, dass der Zugriff der Gesellschafter auf das eigene Unternehmen, insbesondere wenn es sich um sensible und schnell umzusetzende Aufgaben handelt, wesentlich schneller funktioniert als mit einem beauftragten privaten Dritten.

4. Zusammenfassung

Gesellschaft.

Unter Einbeziehung der in den Punkten 2. und 3. dargestellten Fakten und der vorgenommenen Analyse ergibt sich die Aussage, dass die Umsetzung der Aufgaben in der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH die wirtschaftlichste Variante darstellt.

Darüber hinaus ist die Aufgabenübertragung an einen privaten Dritten nicht mit dem öffentlichen Interesse vereinbar. Dies ergibt sich insbesondere daraus, dass die Einwerbung von verschiedenen Projektmitteln zur Umsetzung der Aufgaben in der GmbH, nur durch öffentliche Gebietskörperschaften in Anspruch genommen werden können. Durch die Einwerbung der Fördermittel entsteht zugleich ein Vorteil gegenüber privaten Dritten, da durch diese zusätzlichen Mittel die Aufgabenwahrnehmung in einem größeren und effektiveren Umfang erfolgt. Dadurch kann die nachhaltige Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Energieregion Lausitz-Spreewald und damit ihrer Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten gewährleistet werden.